Landkreis **Vorpommern-Rügen**
Die Kreistagspräsidentin

Niederschrift über
die 26. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 11.03.2019

Sitzungsraum: Hochschule Stralsund "Audimax", Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:50 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglieder
Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Herr Dirk Arendt
Herr Horst Badendieck
Frau Ute Bartel
Herr Steffen Bartsch-Brüdgam
Herr Mario Bauch
Herr Alexander Benkert
Herr Ernst Branse
Frau Wenke Brüdgam
Herr Ingulf Donig
Herr Helge Eggersmann
Frau Mechthild Gibbels
Herr Christian Griwahn
Herr Holger Henze
Herr Maik Hofmann
Herr Frank Ilchmann
Frau Kristine Kasten
Frau Kerstin Klein
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Herr Andreas Kuhn
Herr Matthias Laack
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Frau Kathrin Meyer
Herr Wolfgang Meyer
Herr Dr. Manfred Möller
Frau Kerstin Nilson
Herr Udo Peters
Herr Michael Philippen
Herr Rüdiger Preß
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Gerd Scharmberg
Frau Bärbel Schilling
Herr Michael Schmidt
Herr Norbert Schöler
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Axel Thiede
Herr Christian Thiede
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Frau Susann Wippermann
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth	Landrat
Frau Carmen Schröter	FBL 1
Frau Ricarda Rumpel	FDL 01
Herr Marcus Hanusch	Protokollführer
Herr Robin Thomas	SB Kreistagsangelegenheiten
Frau Katja Bast	SB Qualitätsmanagement
Frau Katrin Schmuhl	Gleichstellungsbeauftragte

Es fehlen:

Kreistagsmitglieder

Herr Dr. Gerd Albrecht	entschuldigt
Herr Ralf Borschke	entschuldigt
Frau Karin Breitenfeldt	entschuldigt
Herr Eike Bunge	
Herr Ingolf Dinse	
Herr Harry Glawe	entschuldigt
Herr Dieter Holtz	
Herr Holger Kliewe	entschuldigt
Frau Gisela Lemke	entschuldigt
Herr Olaf Micheel	entschuldigt
Frau Claudia Müller	entschuldigt
Frau Anja Ratzke	entschuldigt
Herr Thomas Reichenbach	entschuldigt
Herr Benno Rüster	
Herr Andreas Teller	
Herr Peter van Slooten	
Herr Dr. Wolfgang Weiß	
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp	entschuldigt
Frau Karin Wodrich	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1.	Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Bestätigung der Tagesordnung	
4.	Genehmigung der Niederschrift vom 12. November 2018 und vom 17. Dezember 2018	
5.	Bericht des Landrates	
6.	Anfragen der Kreistagsmitglieder	
7.	Einen Abstieg beim Königsstuhl als touristisches Erlebnis bewahren	
7.1.	Einen Abstieg beim Königsstuhl als touristisches Erlebnis bewahren	BV/2/0583
7.2.	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU zur Beschlussvorlage: "Einen Abstieg beim Königsstuhl als touristisches Erlebnis bewahren" - BV/2/0583	A/2/0157
8.	Digitalisierung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vor-	BV/2/0586

	pommern-Rügen entwickeln	
9.	Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019 für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung	BV/2/0597
10.	Anhörung zum Antrag der Gemeinde Breege auf Inkommunalisierung gemeindefreier Aufschüttungs- und Wasserflächen nordöstlich und südwestlich des Hafens von Breege	BV/2/0581
11.	Beschluss über die Zustimmung zur Verlegung des Amtssitzes des Amtes Altenpleen von der Gemeinde Altenpleen in die Gemeinde Kramerhof OT Parow	BV/2/0589
12.	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Vorpommern-Rügen (Kulturförderrichtlinie) – 1. Änderung	BV/2/0546/3
13.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, DIE LINKE, BVR, FDP/BfS, Bündnis 90/Die Grünen, M. Adomeit: "Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis Vorpommern-Rügen"	A/2/0148
13.1.	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU: "Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention"	A/2/0158
14.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes direkt und vollumfänglich an Kommunen weiter reichen"	A/2/0149
15.	Antrag der Kreistagsmitglieder W. Brüdgam, C. Müller, T. Reichenbach, Prof. Dr. L. Wetenkamp, S. Bartsch-Brüdgam, H. Eggersmann, H. Henze, M. Quintana Schmidt: "Schüler*innenproteste als Ausdruck demokratischer Beteiligung schützen"	A/2/0150
16.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Mindestentfernung streichen"	A/2/0151
17.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Gelbe Tonne im Landkreis Vorpommern-Rügen einführen"	A/2/0152
18.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE: "Schwimmen lernen, Sicherheit der Kinder und Jugendlichen verbessern!"	A/2/0153
18.1.	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU: "Schwimmen lernen, Sicherheit der Kinder und Jugendlichen verbessern!"	A/2/0159
19.	Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD: "Anpassung der Schülerfreizeitkarte für SchülerInnen ohne Sammelzeitkarte"	A/2/0154
20.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Partnerschaft mit dem Förderverein Barth"	A/2/0155
21.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Baumfällungen an Straßen in Trägerschaften des Landkreises Vorpommern-Rügen"	A/2/0156
22.	Mitteilungen	

- Nichtöffentlicher Teil -

23.	Grundstücksangelegenheit	BV/2/0548/1

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kreistagspräsidentin Köster eröffnet die 26. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen und begrüßt die Anwesenden. Sie weist daraufhin, dass in dieser Sitzung keine Film- und Tonaufnahmen durchgeführt werden. Sollte dies in der nächsten Sitzung erfolgen, werde darüber informiert und die Kreistagsmitglieder, die keine Film- und Tonaufnahmen wünschen, können einen Antrag auf geheime Abstimmung stellen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder anwesend sind. Damit stellt Frau Kreistagspräsidentin Köster die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend gratuliert **Frau Kreistagspräsidentin Köster** den Kreistagsmitgliedern, die seit der vergangenen Sitzung Geburtstag hatten.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Iris Basinski, Amtsvorsteherin Amt Niepars und Bürgermeisterin der Gemeinde Jakobsdorf, erfragt, wie die Prioritätenliste zur Förderung zum Bau eines Radweges an der L 21 im Landkreis Vorpommern-Rügen geändert werden könne. Ein Radweg an der L 21 sei dringend erforderlich. Besonders in den Sommermonaten seien viele Touristen mit dem Fahrrad unterwegs. Die enge Straße der L 21, stelle eine Gefahr für die Sicherheit der Fahrradfahrer dar. Es werde dringend ein Radweg an der L 21 benötigt.
Frau Iris Basinski übergibt dem Landrat Herrn Dr. Kerth einen Ordner mit ca. 3.000 Unterschriften.

Herr Heiko Zahn, Mitglied der Bürgerinitiative Darßbahn/„Keine Bahn ist keine Lösung“, fragt, ob Herr Landrat Dr. Kerth Kenntnis darüber habe, dass die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern die Strecke, die momentan von der UBB bis zum 14. Dezember betrieben wird, vergeben habe.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass er keine Kenntnis darüber habe, was die Verkehrsgesellschaft plane. Er vertraue in die Zusage des Verkehrsministers, dass eine Art Moratorium, bis das Thema Darßbahn entschieden sei, gelte. Herr Landrat Dr. Kerth sei hoffnungsvoll, dass es diesbezüglich ein Signal von der Landesregierung geben werde.

Herr Heiko Zahn merkt an, dass er sich auf die Strecke Velgast - Barth beziehe.

Herr Landrat Dr. Kerth erklärt, dass er auf das Moratorium vertraue, welches besage, dass eine Rettung der Darßbahn bis ein abschließendes Wort getroffen wurde, erfolge. Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass er sich dem Sachverhalt annehmen werde.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag A/2/0149 zurückziehe. Weiter werde die Beschlussvorlage BV/2/0592 durch die Verwaltung zurückgezogen. Stattdessen wird die Beschlussvorlage BV/2/0597 an den Top 9 gesetzt.

Weitere Bemerkungen gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Der Kreistag stimmt der Tagesordnung einstimmig unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen zu.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 12. November 2018 und vom 17. Dezember 2018

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 12. November 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei acht Enthaltungen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 17. Dezember 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen.

5. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass bereits viele gleichlautende Beschlüsse zum Finanzausgleichsgesetz in den Städten und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns beschlossen worden seien. Mittlerweile habe es eine Einigung mit dem Land gegeben. Der Landkreistag habe den Landkreis Vorpommern-Rügen vertreten und sei der Meinung, dass ein ordentliches Ergebnis erzielt worden sei. Es könne davon ausgegangen werden, dass mit Mehreinnahmen von ca. 16 Mio. Euro für den Landkreis Vorpommern-Rügen gerechnet werden könne. Im Haushalts- und Finanzausschuss sei gewünscht gewesen, dass über das Finanzausgleichsgesetz diskutiert werde. Der Geschäftsführer des Landkreistages sei für die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses eingeladen und habe bereist zugesagt.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Bürgerservice noch besser geworden sei. Es wurden neue Öffnungszeiten eingeführt. Der Bürgerservice öffne dienstags bereits ab acht Uhr und freitags bereits ab sieben Uhr. Hier sei zu erwähnen, dass der Freitag besonders gut angenommen werde. Zukünftig solle, neben den üblichen Leistungen des Bürgerservices, auch Anträge angenommen werden. Dies führe zu Entlastungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Bürgerinnen und Bürger können zeitlich flexibler Antragsunterlagen an allen vier Verwaltungsstandorten abgeben. Folglich würden sich die Wartezeiten an den Sprechtagen in den Fachgebieten verkürzen.
Im Fachdienst Kataster und Vermessung sei ebenfalls eine positive Entwicklung der Bürgerfreundlichkeit zu verzeichnen. Im Bereich Fortführung des Liegenschaftskatasters konnten die vom Land vorgegebenen Bearbeitungszeiten von drei Monaten unterschritten werden. Die momentane Bearbeitungszeit sei nach durchschnittlich neun Wochen erledigt. Die Bereitstellung der Unterlagen an die Vermessungsbüros zur Durchführung von Liegenschaftsvermessungen, konnte im Februar 2019 unter die landesweite Zielgröße von einem Monat gebracht werden.
Für die gemeindliche Ebene, gebe es ebenfalls Verbesserungen. Der Landkreis Vor-

pommern-Rügen plane stärker mit seinem Geodatenzentrum auf die gemeindliche Ebene zuzugehen und die Möglichkeit eines Geodatenaustausches sowie die gemeinsame Nutzung auszubauen.

Weiter führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass im letzten Kreistag beschlossen worden sei, dass die auslaufende Stelle des Klimaschutzmanagers fortgeführt werde. Dieser Beschluss werde umgesetzt.
Im Bereich Asyl gebe es seit dem 1. Januar 2018 eine Rückführungsberatung. Im Jahr 2018 gab es über das Jahr verteilt im Schnitt 426 ausreisepflichtige Personen im Landkreis Vorpommern-Rügen. Davon seien 95 Personen über die Möglichkeit freiwilliger Ausreise beraten worden. 48 Personen seien durch die Beratung freiwillig ausgereist.
Durch eine sehr gute Zusammenarbeit der Landkreismitarbeiter mit den Betroffenen, Firmen, dem Ehrenamt und Anwälten konnten von 48 Ausgereisten bislang 13 Personen legal mit einem Visum wieder einreisen. Diese seien dann überwiegend aus der Ukraine, aber auch aus Albanien und Ghana. Darunter seien Ingenieure, Konstrukteure sowie Ärzte.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss zur Erprobung von Vertretungsmodellen in der Kindertagespflege gefasst habe. Dieser Beschluss beinhalte, dass in 2019 verschiedene Modelle zur Vertretung bei Erkrankungen von Tagespflegepersonen getestet werden, um die Betreuung von Kindern in Notsituationen abzusichern. Jedoch können diese Modelle trotz intensiver Anstrengungen nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Die Ursachen hierfür seien sehr vielschichtig und liegen unter anderem in der Schwierigkeit, geeignete Fachkräfte zu finden. Zu diesem Thema habe es am 7. März 2019 eine Arbeitsgruppe zu den Vertretungsmodellen gegeben. Diese habe festgelegt, dass die Vertretungsmodelle stufenweise mit den Tagespflegepersonen gestartet werden sollen. Das Modell „Mobile Vertretung“ werde in der Hansestadt Stralsund zum 1. April 2019 beginnen. Dazu habe sich die Verwaltung an dem Programm „ProKindertagespflege: Wo Bildung für die Kleinsten beginnt“ beteiligt, um Fördermittel des Bundes zu bekommen. Das Programm unterstütze Vorhaben bis zu drei Jahre mit einer jährlichen Summe von 150.000 Euro. Der Landkreis Vorpommern-Rügen habe sich beworben und könne Anträge stellen. Der Ausgang sei jedoch ungewiss. Sollte dem Landkreis Vorpommern-Rügen eine Förderung zugesagt werden, könnten dadurch die Personalkosten für eine Koordinierungsstelle bezahlt werden, weiter könnte die Entwicklung von Vertretungsmodellen vorangetrieben werden.

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass er im Dezemberkreistag bereits über Probleme bei der Personalaquirierung in der Betreuungsbehörde berichtet habe. Durch intensive Netzwerkarbeit sei der Betreuermangel zum Jahresende 2018 behoben worden. Es sei ein Infoflyer durch die Behörde erstellt worden, mit dem sie die Aufgaben und Angebote präsentiere.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass auf eine Anfrage im Kreistag im Sommer 2018 über das Hilfenetz bei häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie über die Planung eines Konzeptes für 2019/2020 informiert worden sei. Es sei ein Beschluss im Kreistag am 17. Dezember 2018 zur finanziellen Aufstockung im Bereich der Beratung für Betroffene gefasst worden. Hierzu werde es demnächst ein Interessenbekundungsverfahren geben, um Leistungen auszuschreiben. Der Kreistag sei sich einig gewesen, dass dies auch mit Landesmitteln unterstützt werden solle. Dies sei durch das Land abgelehnt worden.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Verkehrsbetrieb Vorpommern-Rügen in

den letzten Jahren mit zu wenig finanziellen Mitteln ausgestattet worden sei. Der neue Geschäftsführer führe derzeit eine Bestandsaufnahme durch. Es zeichne sich jedoch eine größere Finanzlücke, als bisher zu erwarten war, ab. Bezugnehmend auf die Tarifverhandlungen, die gegenwärtig bei der VVR stattfinden, werden sich die Mehrbelastungen kumulieren. Der bisherige Anerkennungs- und Überleitungsvertrag werde zum Ende der Laufzeit fristgerecht von ver.di gekündigt. Am 26. Februar 2019 sei ein Verhandlungsergebnis zwischen ver.di und der VVR zur Anwendung des Tarifvertrages Nahverkehr Mecklenburg-Vorpommern erzielt worden. Die Genehmigung sei durch den Aufsichtsrat am 14. März 2019 terminiert.
Die Anwendungsvereinbarung enthalte folgende abweichende Regelungen zur Standardanwendungsvereinbarung des Tarifvertrages Nahverkehr Mecklenburg-Vorpommern: es gebe eine Demographie-Komponente, eine höhere Zulage für geteilte Dienste, diese seien für den Regionalverkehr sehr bedeutsam, es gebe eine Erholungsbeihilfe für ver.di-Mitglieder, dies seien 156 Euro pro Jahr. Auch gebe es eine eindeutige Regelung für Dienstlängen über 8,5 Stunden, die die Wahrung der Produktivität erhalten solle. Weiter wurden einheitliche Regelungen zur Einrichtung von Zeitkonten sowie Regelungen zur Ermittlung von Überstunden und Regelungen von zuschlagsfreien Korridoren getroffen. Die verhandelten Anwendungsvereinbarungen bieten deutliche Vorteile gegenüber dem Tarifvertrag Nahverkehr Mecklenburg-Vorpommern. Dies seien dringend notwendige Vereinheitlichungen von Regelungen und Prozessen und diene der Wahrung der bestehenden Produktivität des VVR, damit die Kostensteigerungen in den nächsten Jahren eingefangen werden können.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass zum Thema Darßbahn Gespräche mit den Verantwortlichen geführt worden seien. Er sei sehr zuversichtlich, dass in nächster Zeit eine positive Entwicklung stattfinden werde.

Zum Stand Prora führt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass auf einen Vereinbarungsentwurf des Landes gewartet werde. Sobald diese Unterlagen vorliegen, werde dies wieder im Kreistag behandelt.

Mit Blick auf das Thema Fachkräftegewinnung für den Landkreis Vorpommern-Rügen, sei **Herr Landrat Dr. Kerth** in Gesprächen mit Akteuren der Wirtschaft. Er habe einen Arbeitskreis gegründet, um die guten Ansätze, wie z.B. mit dem Welcome-Center, umzusetzen.

Abschließend erinnert **Herr Landrat Dr. Kerth** an den internationalen Frauentag, welcher am 8. März 2019 gefeiert wurde. Als Beispiel für die bestehende Ungleichbehandlung, verweist Herr Landrat Dr. Kerth auf die Doppelbelastung im Alltag und das Gehalt. Im aktuellen Kreistag Vorpommer-Rügen liege der Frauenanteil bei 28,98 %. Dies sei noch ausbaufähig. Herr Landrat Dr. Kerth hoffe, dass sich noch viele Frauen für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 aufstellen lassen.

6. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Frau Gibbels erfragt, wie weit die Verwaltung mit dem inhaltlichen Konzept gegen häusliche und sexualisierte Gewalt sei.

Frau Schmuhl informiert, dass das Konzept voraussichtlich Ende des Jahres 2019 fertig sein werde.

Herr Henze gibt an, dass im Februar 2019 der provisorische Verkehrsknotenpunkt des Rügenzubringers in Betrieb genommen worden sei. Dazu seien Anfragen von Bürgern und des Tourismusverbandes eingegangen. Herr Henze habe sechs Fragen for-

muliert, die der Landrat bitte beantworten möge.

Herr Eggersmann trägt die Anfragen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Alleenschutzes im Landkreis Vorpommern-Rügen vor und bittet um Beantwortung der Fragen.

Herr Arendt merkt an, dass es im Land Mecklenburg-Vorpommern lediglich zwei Gerichte gebe, bei denen Videoaufzeichnungen der Verhandlungen gemacht werden würden. Herr Arendt erfragt, ob der Landrat darüber informiert sei, ob die Landgerichte diese Videotechnik ebenfalls erhalten würden.

Herr Landrat Dr. Kerth weist daraufhin, dass er darüber keine Information habe. Jedoch falle dies nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kreisverwaltung.

7. Einen Abstieg beim Königsstuhl als touristisches Erlebnis bewahren

7.1. Einen Abstieg beim Königsstuhl als touristisches Erlebnis bewahren
Vorlage: BV/2/0583

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die Einbringung dieser Beschlussvorlage auf Aktivitäten von Bürgerinitiativen beruhe, dass der Abstieg am Königsstuhl unbedingt bleiben müsse. Dies werde von der Landesregierung sehr kritisch gesehen. Der Kreistag solle sich zu diesem Thema positionieren.

Herr Scharmberg gibt an, dass bereits im Kreisausschuss über die Beschlussvorlage diskutiert worden sei.

Frau Kasten führt an, dass der Königsstuhl ein wichtiges Tourismusziel sei. Die Erhaltung eines Abstieges muss machbar sein. Eine Auseinandersetzung muss Erfolg versprechend sein. Sie bittet um Zustimmung.

Herr Thomas plädiert dafür, die Beschlussvorlage wie im Antrag der CDU-Fraktion gefasst abzuändern und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Frau Latendorf merkt an, dass die Beschlussvorlage in der Fraktion stark diskutiert worden sei. Jedoch zeige die Beschlussvorlage auf, dass es dem Kreistag nicht gleich sei, was mit dem Königsstuhl passiere.

7.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU zur Beschlussvorlage: "Einen Abstieg beim Königsstuhl als touristisches Erlebnis bewahren" - BV/2/0583
Vorlage: A/2/0157

Herr Schmidt erfragt, ob die CDU-Fraktion das Wort Treppe aus dem Änderungsantrag streichen würde.

Herr Kuhn informiert, dass die CDU-Fraktion mit der Streichung des Wortes „Treppe“ einverstanden sei.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, mit der Änderung das Wort Treppe streichen.

Beschluss: **KT 474-26/2019**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:
„Der Kreistag bekennt sich zum **dauerhaften** Erhalt eines Abstieges am Königsstuhl **sowie zur barrierefreien und naturnahen Erlebbarkeit des Königsstuhles durch eine Aussichtsplattform**. Der Landrat wird beauftragt, sich dafür bei der Landesregierung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei sieben Enthaltungen zugestimmt

8. Digitalisierung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen entwickeln
Vorlage: BV/2/0586

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: **KT 475-26/2019**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Auf Grundlage des „Basiskonzepts digitale Schulanbindung“ (Anlage 1) werden alle Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen schrittweise mit der für die Digitalisierung erforderlichen Informations- und Kommunikations- Infrastruktur geplant und ausgestattet. Damit wird die Grundlage für die zukünftige informationstechnische Ausstattung der Schulen geschaffen, die in einem künftigen Medienentwicklungsplan definiert wird.

2. Der Landrat wird ermächtigt, die Erstellung eines Medienentwicklungskonzeptes für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises extern zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

9. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019 für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung
Vorlage: BV/2/0597

Herr Schmidt erfragt, wie der Migrationshintergrund dabei einzuordnen ist.

Frau Schröter führt aus, dass alle Kinder unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht in den Kitas des Landkreises Vorpommern-Rügen die gleichen Leistungen erhalten. Die in der Beschlussvorlage beschriebenen finanziellen Mittel seien lediglich ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich für Mehraufwendungen, die ohne Frage im Zusammenhang mit Migration entstehen, die aber wiederum allen Kindern in den Einrichtungen des Landkreises Vorpommern-Rügen gleichermaßen zu Gute kommen würden.

Frau Meyer informiert, dass mit dem Geld nicht gerechnet worden sei. Damit dies schnell ausgezahlt werden könne, sei diese Beschlussvorlage notwendig. Frau Meyer bittet um Zustimmung.

Beschluss: **KT 476-26/2019**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019 i. H. v. 772.178,82 EUR für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen des Landes, Produktsachkonto 3610000.4144200/6144200.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

10. Anhörung zum Antrag der Gemeinde Breege auf Inkommunalisierung gemeindefreier Aufschüttungs- und Wasserflächen nordöstlich und südwestlich des Hafens von Breege
Vorlage: BV/2/0581

Herr Eggersmann erfragt, warum die Beschlussvorlage nicht in den Ausschüssen behandelt worden sei. Es ginge um Flächen an Gewässern, die eines bestimmten Schutzes bedürfen würden.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass es sich bei der Beschlussvorlage um eine Anhörung handele, ob grundsätzliche Belange des Landkreises entgegenstehen würden. Die Gemeinden sollen gestalten können.

Herr Scharmberg führt aus, dass die Gemeinden aus der Summe ihrer Flurstücke bestehen und auf diesen Flächen haben sie ihre Gebiets-, Organisations- und Planungshoheit. Damit die Gemeinde auf dieser Fläche etwas planen könne, sei die Inkommunalisierung eine Voraussetzung.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschluss: **KT 477-26/2019**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Breege auf Inkommunalisierung gemeindefreier Aufschüttungs- und Wasserflächen nordöstlich und südwestlich des Hafens von Breege wird zugestimmt. Der maßstabsgerechte Lageplan vom 2. September 2015 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

11. Beschluss über die Zustimmung zur Verlegung des Amtssitzes des Amtes Altenpleen von der Gemeinde Altenpleen in die Gemeinde Kramerhof OT Parow
Vorlage: BV/2/0589

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: **KT 478-26/2019**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Begehren des Amtes Altenpleen zur Verlegung des Amtssitzes von 18445 Altenpleen, Parkstraße 2 nach 18445 Parow, Am Gutshaus 1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen

12. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Vorpommern-Rügen (Kulturförderrichtlinie) – 1. Änderung
Vorlage: BV/2/0546/3

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: **KT 479-26/2019**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Vorpommern-Rügen (Kulturförderrichtlinie) wird gemäß Anlage geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

13. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, DIE LINKE, BVR, FDP/BfS, Bündnis 90/Die Grünen, M. Adomeit: "Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/2/0148

Frau Schröter weist daraufhin, dass sich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bereits in der Anwendung befinde. Es seien alle Bereiche der Verwaltung betroffen. Der Landkreis Vorpommern-Rügen werde für die Zukunft einen Maßnahmenplan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben. Dies sei jedoch nicht ohne Bindung von Ressourcen möglich. Es sei wichtig, gemeinsam die Eckpunkte, wie den Beteiligungsumfang und die Handlungsfelder festzulegen.

13.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU: "Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention"
Vorlage: A/2/0158

Frau Gibbels begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU.

Frau Latendorf weist daraufhin, dass auch Hör- und Sehbehinderungen Berücksichtigung finden müssen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster schlägt vor, den Änderungsantrag in den bestehenden Antrag zu integrieren und bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen wird beauftragt, einen Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis Vorpommern-Rügen zu erarbeiten.

Beschluss: KT 480-26/2019

Der Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen wird beauftragt, einen Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis Vorpommern-Rügen zu erarbeiten. Bis zur zweiten Sitzung des Kreistages in der 3. Wahlperiode ist dazu eine Ablauf-, Beteiligungs- und Zeitplan vorzulegen. Der Landrat informiert den Ausschuss für Soziales und Gesundheit regelmäßig über den Fortschritt des Aktions- und Maßnahmenplanes.

14. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes direkt und vollumfänglich an Kommunen weiter reichen"
Vorlage: A/2/0149

Der Antrag wurde durch die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

15. Antrag der Kreistagsmitglieder W. Brüdgam, C. Müller, T. Reichenbach, Prof. Dr. L. Wetenkamp, S. Bartsch-Brüdgam, H. Eggersmann, H. Henze, M. Quintana Schmidt: "Schüler*innenproteste als Ausdruck demokratischer Beteiligung schützen"
Vorlage: A/2/0150

Frau Brüdgam begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Scharmberg führt aus, dass Klima- und Umweltschutz ein wichtiges Thema sei. Es bestehe die Möglichkeit, dass die Schülerinnen und Schüler an allen Wochentagen nach dem Unterricht demonstrieren gehen können. Eine Unterstützung durch den Kreistag sehe er nicht als sinnvoll.

Frau Kasten merkt an, dass eine regelmäßige Teilnahme an Demonstrationen zu noch mehr Ausfall und Fehlstunden führe. Es gebe genug Möglichkeiten wie zum Beispiel Projekttage, um sich mit dem Klimaschutz zu beschäftigen. Die Teilnahme am Unterricht sei eine Pflicht. Das Hauptthema sollte der Einsatz für weniger Stundeausfall sein.

Herr Thomas führt an, dass nach dem Schulgesetz eine Schulpflicht bestehe. Herr Thomas empfehle den Antrag abzulehnen.

Herr Arendt gibt an, dass er den Antrag ablehnen werde. Es bestehe eine Schulpflicht. Natürlich sei der Umweltschutz wichtig.

Frau Bartel merkt an, dass es wichtig sei, dass sich die Jugendlichen politisch engagieren. Wenn sich die Schüler durch ihr streiken über Regeln hinwegsetzen, müssen sie die Konsequenzen tragen. Diesem Antrag könne Frau Bartel nicht zustimmen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt sich hinter die Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen der fridays for future Demonstrationen gemeinschaftlich für eine konsequentere Umwelt- und Klimapolitik streiten. Wir bitten die Schulen des Landkreises gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern dieses Thema zu bearbeiten und gemeinschaftliche Aktionsformen, wie z.B. Demonstrationen zu unterstützen. Wir bitten die Schülerinnen und Schüler ihre Aktionen mit den Schulen und mit ihren Erziehungsberechtigten abzustimmen, auch um den Schulen und Lehrkräften Sicherheit bezüglich der Abwesenheit der Schülerinnen und Schüler zu geben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt

16. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Mindestentfernung streichen" Vorlage: A/2/0151

Frau Schröder-Köhler begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD.

Herr Bauch merkt an, dass alle Kinder gleiche Chancen bekommen müssen. Die Kreistagsfraktion SPD sei für den Antrag. Dies sei jedoch nur mit entsprechenden finanziellen Voraussetzungen möglich.

Frau Brüdgam sehe ein Problem darin, dass sich auf den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte bezogen werde. Es sei schade, dass dieses Thema nicht im Schülerbeförderungsausschuss diskutiert worden sei. Deswegen schlägt sie vor, den Antrag in den in den Schülerbeförderungsausschuss zu verweisen.

Herr Scharmberg führt an, dass sich an das Land gewendet werden müsse um Druck aufzubauen. Wer ein Schulgesetz erlässt, muss dies auch zahlen.

Herr Schmidt erklärt, dass er mit der Meinung von Herrn Scharmberg, gegen das Land Druck aufzubauen, einhergehe. Es werde in dem Antrag ein Beschluss gefordert, der Geld koste, jedoch nicht begründet, woher dieses Geld kommen solle.

Frau Schilling informiert, dass sie dieses Thema bereits mehrmals im Schülerbeförderungsausschuss angesprochen, jedoch kein Gehör gefunden habe. Es sei beschlossen worden, dass die Gemeinden die Kosten der Mindestentfernung selbst übernehmen würden.

Herr Kracht merkt an, dass die Anträge, die in den Ausschüssen beraten wurden, immer abgewogen in den Kreistag zurückgekommen seien. Der Antrag solle als Grundsatz genommen werden, um ihn im Ausschuss beraten zu können.

Herr Dr. Zabel führt an, dass es sich um einen Antrag handele, der in den Haushalt eingestellt werden müsse. Er sehe keine Notwendigkeit einen Ausschuss zu beteiligen.

Herr Eggersmann gibt an, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zustimmen werde.

Herr Landrat Dr. Kerth erklärt, dass solch weitreichende Entscheidungen sorgfältig abgewogen werden müssen. Er werde den Antrag als Auftrag verstehen in diese Richtung zu arbeiten. Dafür müsse er sich zu diesem Thema, selber beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte informieren. Die Frage, die sich Herrn Landrat Dr. Kerth stelle, seien die Kosten, die dieser Antrag mit sich bringe. Die Verwaltung habe eine Modellrechnung aufgestellt, was sein würde, wenn alle Kinder die Möglichkeit nutzen würden. Dann wäre eine Summe von 3,6 Mio. Euro vorzuhalten. Sollten dies ein Drittel der Antragsberechtigten im Wert von monatlich 30 Euro nutzen, handele es sich um einen Betrag von 1,2 Mio. Euro. Wie die Entwicklung voranschreite, sei nicht vorhersehbar. Mit Blick auf den nächsten Haushalt 2021 müsse dies rechtzeitig in den Gremien behandelt werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Schülerbeförderungsausshuss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei zwölf Ja-Stimmen und drei Enthaltungen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Antrages der Kreistagsfraktionen CDU und SPD.

Beschluss: KT 481-26/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass die bisher geltenden Mindestentfernungen der Schülerbeförderungssatzung spätestens ab 2021 gestrichen werden.
Der Kreistag beauftragt den Landrat Kosten und Machbarkeit zu prüfen, um die Mindestentfernungen der Schülerbeförderungssatzung möglichst bereits zum Schuljahr 2019/2020 entfallen zu lassen.
Der Kreistag appelliert weiter an die Landesregierung und den Landtag für die Einführung eines landesweiten kostenlosen Tickets für alle Schüler und Auszubildende.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen

17. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Gelbe Tonne im Landkreis Vorpommern-Rügen einführen"
Vorlage: A/2/0152

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 482-26/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag begrüßt die Einführung der kostenfreien Gelben Tonne für die Sammlung der Leichtverpackungen und beauftragt den Landrat mit dem Dualen System Deutschland zu verhandeln, ob auch im bestehenden Vertrag diese sukzessive verbreitet werden kann.

Der Kreistag beauftragt den Landrat zu prüfen, ob neben der Einführung der 240 Liter Tonne auch eine 120 Liter Tonne angeboten werden kann.
Der Kreistag spricht sich für Fortentwicklung der gesetzlichen Grundlagen zur Einführung einer Wertstofftonne aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen

18. Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE: "Schwimmen lernen, Sicherheit der Kinder und Jugendlichen verbessern!" Vorlage: A/2/0153

Frau Kasten begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Thiede gibt an, dass die CDU Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Fakt sei, dass zu wenig Lehrer an den Schulen vorhanden seien, die Schwimmunterricht geben könnten. Hier sei das Land gefragt, das die Kommunen unterstützen müsse.

Frau Brüdgam erfragt, wie der Landrat die Ortsgruppen und Vereine unterstützen solle.

Herr Thiede erklärt, dass der Landrat sich für eine finanzielle Unterstützung einsetzen solle.

Herr Bauch führt an, dass 60 % der Kinder nicht schwimmen können. Schwimmunterricht sei wichtig für die Sicherheit der Kinder.

Herr Hofmann beantragt die Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Frau Latendorf stimmt der Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss zu. Es sei wichtig darüber zu diskutieren, wie Schwimmunterricht umgesetzt werden könne.

Herr Thiede erklärt, dass er ebenfalls für eine Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss stimme.

Herr Eggersmann führt aus, dass das Thema sehr wichtig sei. Mecklenburg-Vorpommern sei ein Land mit vielen Seen und Flüssen. Es gebe auch wassersportliche Freizeitaktivitäten, die durch Kinder wahrgenommen werden.

Frau Latendorf merkt an, dass im Antrag stehe, die Landesregierung solle tätig werden. Dies könne auch weiterhin im Ausschuss gefordert werden.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung, den Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion CDU in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss zu verweisen.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss mehrheitlich bei einer Gegenstimme zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1) Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, den Schwimmunterricht an Schulen obligatorisch verbindlich in der Stundentafel des Sportunterrichts der Sekundarstufe 1 zu verankern.
2) Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich gegenüber der Landesregierung für einen Ausbau des Schwimmunterrichts einzusetzen und sich dafür stark zu machen, dass die Schülerinnen und Schüler in zumutbarer Weise und Entfernung am Schwimmunterricht und am Freizeitschwimmen teilnehmen können.

18.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU: "Schwimmen lernen, Sicherheit der Kinder und Jugendlichen verbessern!"
Vorlage: A/2/0159

Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Antrag A/2/0153 wird wie folgt ergänzt:

Der Landrat wird beauftragt die Ortsgruppen des DLRG und andere Vereine/Verbände im Landkreis bei der Schwimmausbildung und der Badeunfallprävention zu unterstützen.

19. Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD: "Anpassung der Schülerfreizeitkarte für SchülerInnen ohne Sammelzeitkarte"
Vorlage: A/2/0154

Herr Lewing merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU den Antrag ablehnen werde.

Herr Eggersmann begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Bauch gibt an, dass die Kreistagsfraktion SPD weiter an dem Antrag festhalten werde.

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass die Umsetzung wie sie gefordert werde, nicht möglich sei. Es soll eine Leistung erbracht werden, die natürlich finanzielle Auswirkungen habe.

Herr Scharmberg beantragt, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Bauch merkt an, dass die Kreistagsfraktion SPD einer Verweisung zustimmen würde.

Herr Kuhn führt aus, dass der Antrag fachlich nachgearbeitet werden müsse. Herr Kuhn bittet den Antrag zurückzuziehen und die in der nächsten Sitzung überarbeitet neu einzureichen.

Herr Eggersmann informiert, dass darüber bereits im Ausschuss diskutiert worden sei.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE beantragt eine Auszeit von drei Minuten.

Herr Kracht schlägt vor, dass der Antrag in den Ausschuss verwiesen werde, und nach dem Doppelhaushalt 2019/2020 auf die Agenda gesetzt werde.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung, dass der Antrag in den Ausschuss verwiesen werde und auf die Agenda nach dem Doppelhaushalt 2019/2020 gesetzt werde.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Ausschuss und der Aufnahme auf die Agenda für den Doppelhaushalt 2019/2020 mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen zu.

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt sich bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH als Gesellschafter dafür einzusetzen, dass die Schülerfreizeitkarte zu gleichen Konditionen für SchülerInnen ohne Sammelkarte (Schülerticket) angeboten wird.

20. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Partnerschaft mit dem Förderverein Barth"
Vorlage: A/2/0155

Frau Latendorf informiert, dass der Antrag wie folgt geändert werden solle: „Der Kreistag beauftragt den Landrat dem Förderverein Dokumentations- und Gedenkstätte Barth e.V. *Förderung gemäß der Kulturförderrichtlinie anzubieten.* Ziel soll der Erhalt der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Barth *in einem würdigen Zustand* sein.
Weiter begründet Frau Latendorf den eingebrachten Antrag.

Herr Adomeit erfragt, warum Herr Landrat Dr. Kerth in seiner Zeit als Bürgermeister der Stadt Barth keine Maßnahmen unternommen habe.

Herr Landrat Dr. Kerth weist daraufhin, dass dieses Mahnmal in einem schlechten Zustand sei, jedoch sei es der Stadt Barth nicht möglich gewesen Eigenmittel dafür aufzubringen. Herr Landrat Dr. Kerth weist daraufhin, dass der Eigentümer des Mahnmals die Stadt Barth sei.

Herr Dr. Zabel merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU den Antrag wie folgt ändern würde: „Der Kreistag beauftragt den Landrat, dem Förderverein Dokumentations- und Gedenkstätte Barth e.V. entsprechend zur Seite zu stehen bei der Beantragung nach der Kulturförderrichtlinie.“

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass dies noch um „hilfsweise durch die Stadt Barth“ erweitert werden könne.

Herr Dr. Zabel merkt an, dass die Förderung dann jedoch nicht mehr durch die Kulturförderrichtlinie gedeckt werden könne.

Herr Ilchmann erfragt, ob die Stadt Ribnitz für ein Denkmal des Faschismus auch einen Antrag auf Förderung stellen könne.

Frau Kreistagspräsidentin Köster informiert, dass dies nur für Vereine möglich sei.

Frau Latendorf merkt an, dass sie über das Alleinstellungsmerkmales des KZ-Außenlagers Barth gesprochen habe.

Frau Kreistagspräsidentin Köster schlägt vor, dass die Kriegsgräberfürsorge den Volkstrauertag 2019 in der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Barth stattfinden lasse.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung unter Berücksichtigung der Änderungen.

Beschluss: KT 483-26/2019

Der Kreistag beauftragt den Landrat den Förderverein Dokumentations- und Gedenkstätte Barth e. V. bei der Beantragung von Fördermitteln nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Vorpommern-Rügen (Kulturförderrichtlinie) zu unterstützen. Ziel soll der Erhalt der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Barth in einem würdigen Zustand sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen

21. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Baumfällungen an Straßen in Trägerschaften des Landkreises Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/2/0156

Frau Latendorf informiert, dass der Antrag wie folgt geändert wird: " Der Kreistag beschließt, dass an den Straßen in Trägerschaft des Landkreises Baumfällungen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nur erfolgen, wenn Bäume die Standfestigkeit aus Krankheitsgründen oder meteorologischen und mechanischen Einwirkungen verloren haben. *Dies wird seitens des Landkreises als Baulastträger auch von den für die Verkehrssicherungspflicht verantwortlichen Eigentümern von an Kreisstraßen angrenzenden Grundstücken verlangt*. Weiter begründet Frau Latendorf den eingebrachten Antrag und bittet darum, den Antrag in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu verweisen.

Herr Kuhn merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU dem Antrag nicht zu stimmen werde. Der Antrag greife in das Verwaltungshandeln des Landkreises Vorpommern-Rügen ein. Verkehrssicherungspflicht bedeute, dass es eine klare Aufforderung an den Verkehrssicherungspflichten gebe klarzustellen, dass eine Gefahr von Bäumen ausgehe. Es werde vom Oberlandesgericht Koblenz dargestellt, dass Straßenbäume kompromisslos sicher seien müssen. Dies sei eindeutiges Verwaltungshandeln.

Herr Scharmberg führt an, dass massiv darüber berichtet wurde wie die Feuerwehren nacharbeiten müssen, wenn die Verkehrssicherungspflicht zu sehr auf die Erhaltung von Bäumen ausgerichtet sei. Die Umweltbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen sei sehr darauf bedacht, Bäume, die erhaltenswert seien zu schützen.

Herr Schmidt merkt an, dass es wichtig sei die Bäume auf Standfestigkeit zu prüfen und rechtzeitig zu fällen. Herr Schmidt spricht sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung den Antrag in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zehn Ja-Stimmen abgelehnt.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bitte um Abstimmung zum Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass an den Straßen in Trägerschaft des Landkreises Baumfällungen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nur erfolgen, wenn Bäume die Standfestigkeit aus Krankheitsgründen oder meteorologischen und mechanischen Einwirkungen verloren haben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei vier Ja-Stimmen und vier Enthaltungen abgelehnt

22. Mitteilungen

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass am 20. Mai 2019 der letzte Kreistag in der Wahlperiode sei. Im Anschluss an die Kreistagssitzung werde eine Abschlussfeier stattfinden.

Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen.

gez. Andrea Köster

Datum, Unterschrift
Andrea Köster
Kreistagspräsidentin

gez. Marcus Hanusch

Datum, Unterschrift
Marcus Hanusch
Protokollführer